

Janet Yellen avanciert zur mächtigsten Frau der Weltwirtschaft

Die Währungskriegerin

Am 14. November 1972 über-
schritt der Dow Jones die
1.000er-Marke, die 10.000 knackte
der Aktienindex der 30 größten US-
Firmen am 29. März 1999. Am 24.
November wurden die 30.000 über-
schritten. Den Kursanstieg befeu-
erten nicht nur die Aussichten auf
den Corona-Impfstoff, sondern der
Sprung fällt mit der Ankündigung
Joe Bidens zusammen, Janet Yellen zur
US-Finanzministerin zu machen. Die
frühere Fed-Chefin ist erklärte Key-
nesianerin, so daß die finanzpolitischen
Linien der nächsten vier
Jahre klar sind.

Ihr 2018 ernannter
Nachfolger Jerome Powell
hat die Staatsfinanzierung
durch die Zentralbank be-
reits salonfähig gemacht.
Von den 27 Billionen
Dollar US-Staatsschulden
hält die Fed bereits 4,6 Bil-
lionen. Bis Anfang dieses
Jahres lag der Höchststand
nie über 2,5 Billionen. Po-
well hat auch klargestellt,
daß die Zinsen niedrig
bleiben werden, und daß
die Geldentwertung auch
über das Zwei-Prozent-In-
flationsziel hinauschießen
kann – zumindest „zeit-
weise“. Was nicht näher definiert
wird, aber in Finanzfragen meist „bis
in die Ewigkeit“ bedeutet.

Yellen wird zudem Konjunkturpro-
gramme auflegen. Nach der Corona-
Krise bieten sich Infrastruktur oder
Klima als Ausrede an. Als Berkeley-
Professorin dürfte ihr auch das Erlas-
sen von Studienkrediten am Herzen
liegen. Die Staatsschuldenquote von
104 Prozent der Wirtschaftsleistung
wird wohl noch weiter steigen. Die
Fed wird weitere Staatsschulden

durch Anleihenkäufe monetisieren.
Die Zinsen bleiben niedrig, irgend-
wann steigt die Inflation, und das
US-Schuldenproblem – noch stär-
ker das der Bundesstaaten mit ihren
Pensionsversprechungen – wird früher
oder später durch Inflation „gelöst“.

Der Dollar ist von seinem Höchst-
kurs im März von 1,07 zum Euro auf
etwa 1,20 gefallen, was manche als
Ergebnis von Donald Trumps Poli-
tik sahen. Aber nach der Wahl fällt
der Dollar weiter, während die Börse
steigt. Unter Barack Obama fiel der
Dollar 2009 sogar auf
1,51. Heute wie damals
reflektiert der Wechselkurs
die Weichwährungspolitik
der US-Regierung. Derar-
tige Trends dauern einige
Jahre. Es wird also noch
dauern, bis die Moneti-
sierung der Euro-Schul-
den durch die EZB sich
im Wechselkurs nieder-
schlägt.

Mit Yellen und Powell
sowie Christine Lagarde
und Haruhiko Kuroda
(Bank of Japan) stehen
bewährte Praktiker von
Anleihenkäufen an der
finanzpolitischen Spitze der
drei großen Währungs-
blöcke. Deshalb wird es keinen
großen Währungscrash geben. Die Wäh-
rungen werden mehr oder weniger
gleichzeitig aufgeweicht und verlieren
relativ zueinander gleichermaßen. Am
wenigsten verlieren in einem solchen
Währungskrieg die Besitzer von Real-
und Produktwerten. Deshalb steigt
der Dow Jones, und der S&P-Index
hat die 3.600 erreicht – spricht: Die
500 größten US-Unternehmen haben
eine Marktkapitalisierung von über
32 Billionen Dollar.



VON
THOMAS
KIRCHNER

»Dollar, Euro
und Yen werden
weiterhin mehr
oder weniger
gleichzeitig
aufgeweicht.«

Die unendliche Geschichte des Wirecard-Milliardenbetrugs

Verschwinden und Versagen

Von Martin Krüger

Die gute Nachricht: Das Kerne-
geschäft und die Wirecard-Bank
übernimmt die spanische Banco San-
tander samt vielen Mitarbeitern. Die
schlechte Nachricht für Gläubiger
und Dax-Aktionäre: Weitere 800
Millionen Euro Treuhandvermögen
sind wohl „verschwunden“, meldete
das Handelsblatt. Neben dem unter-
getauchten Ex-Vorstand Jan Maršálek
stehen nun offenbar 13 Personen und
24 Firmen aus seinem Umfeld im
Zentrum des Betrugsnetzes. Sie sol-
len rund 125 Millionen Euro Kredit
von Wirecard bekommen haben. Der
40jährige Maršálek soll zudem welt-
weit Bargeld gebunkert haben – das
Gegenteil dessen, was man von ei-
nem Zahlungsdienstleister erwartet.

Und die hochbezahlten Wirt-
schaftsprüfer haben von all dem
nichts mitbekommen? Man habe
keine Anhaltspunkte für ein Fehl-
verhalten erkennen können, sagt
Ernst & Young. Der Untersuchung-
ausschuß des Bundestages und die
Wirtschaftsprüferaufsicht Apas be-
zweifeln das. Aber auch KPMG gerät

in ein schiefes Licht. Zwar hat der
EY-Konkurrent den Wirecard-Betrag
offengelegt, allerdings dabei nicht er-
wähnt, wie stark man selbst engagiert
war, als Wirecard den Emerging Mar-
kets Investment Fund 1A (EMIF)
in der Steueroase Mauritius startete.

Maršálek und andere Manager
könnten mit Hilfe des Fonds einen
dreistelligen Millionenbetrag abge-
zweigt haben. Der dahinterstehende
Deal mutet kurios an: 2015 wollte
Wirecard auf den indischen Markt
expandieren. Der Markteintritt er-
folgte über 320 Millionen Euro für
das Unternehmen Hermes I Tickets
Pvt Ltd. Allerdings ging die Firma
kurze Zeit davor für nur 35 Mil-
lionen Euro über den Ladentisch.
Käufer war der EMIF-Fonds. Fragen
wirft weiter die Rolle der Bundesan-
stalt für Finanzdienstleistungsauf-
sicht (BaFin) auf. Die Bundesbank
äußerte früh Bedenken gegen ihr
Leerverkaufsverbot auf Wirecard-
Aktien. Sie konnte sich damit aber
bei der deutschen Finanzaufsicht
nicht durchsetzen.

Gut gemeint, schlecht gemacht

Finanzpolitik: Schattenseiten der Mehrwertsteuersenkung / Alternative „Corona-Konsumgutschein“

DIRK MEYER

Eigentlich war es eine gute Idee:
substantiell, pauschal, diskrimi-
nierungsfrei, sofort wirksam und
scheinbar einfach umzusetzen – die am
29. Juni von Bundestag und Bundesrat
beschlossene Absenkung der Mehrwert-
steuer (MwSt) von 19 auf 16 Prozent
(Regelsatz) bzw. von sieben auf fünf
Prozent (ermäßigter Satzung). Zur
Wiederbelebung der Konjunktur nach
dem Corona-Einbruch war der darben-
den Wirtschaft jeder Euro recht.

Hinzu kommt die volkswirtschaftliche
Weisheit, wenn der Staat einen Euro
mehr ausgibt, kommt mehr als ein Euro
dabei heraus. Denn dieser Euro dreht
mehrere Runden. Bei einem Steuerver-
zicht („Kosten“) von etwa 20 Milliarden
Euro und einem Multiplikator ähnlich
der sogenannten Abwrackprämie und
dem Kinderbonus 2009 von 1,3 bis
1,5 dürfte der Effekt auf das Bruttoin-
landsprodukt bei 26 bis 30 Milliarden
Euro liegen. Mit dazu trägt auch die
Mobilisierung von Ersparnis für grö-
ßere Anschaffungen bei.

Ein Wermutstropfen ist das Abwarten
bzw. des Vorholens des Konsums bei der
auf ein halbes Jahr befristeten Vergün-
stigung. Die Autohäuser waren im Juni
genauso leer wie sie es zu Beginn des neuen
Jahres sein werden. Da untere Einkom-
men aufgrund ihrer hohen Konsumquo-
te relativ besonders begünstigt werden,
erscheint diese Maßnahme gegenüber
einer vorgezogenen Soli-Abschaffung
vielen als geeigneter. Allerdings wird
bereits ein „Porsche-Effekt“ moniert,
der die Vorteile größerer Anschaffungen
vermögender Haushalte beschreibt.

Ein Wermutstropfen bleibt nach der Vergünstigung

Im Fokus steht jedoch der Preissen-
kungseffekt. Bei einer vollständigen
Durchleitung der Mehrwertsteuerab-
senkung würden Lebensmittel um 1,9
Prozent, voll belastete Güter und Dienst-
leistungen um 2,5 Prozent günstiger.
Laut einer Bundesbank-Studie wäre
dann die Inflationsrate in Deutschland
für Juli bis Dezember jeweils um 1,8
Prozent gefallen. Tatsächlich sank die
Inflationsrate im Juli nur um 0,8 und
im Oktober um 0,9 Prozent.

Ein deutsches Bürokratiemonster

Bezugszeitpunkt für die Mehrwertsteu-
er ist die Ausführung einer Leistung,
nicht die Auftragserteilung oder Bezah-
lung. Ob Autokauf oder das neue Sofa:
Entscheidend ist der Zeitpunkt der Lie-
ferung. Bei Handwerkern oder Rechts-
beratern sind Teilleistungen möglich,
um die Steuervergünstigung bis zum
31. Dezember noch anzuwenden. Bei
monatlichen Abos, Leasing, Stromab-
rechnung oder Telefon ergeben sich
Zusatzkosten bei der Erfassung und
Rechnungsstellung. Bei Wartungsver-
trägen, die jährlich im Voraus abge-
rechnet werden, gibt es generell keine
Korrekturen. Die Versicherungssteuer
(2019: 14,1 Milliarden Euro) blieb bei



Abrechnung der Einnahmen im „Homeoffice“: Am 1. Juli verordnete die Umsetzungsrichtlinie 53 spezielle Auslegungsvorgaben, am 4. November gab es weitere 22 neue Anweisungen von den Finanzbehörden

Allerdings verzerren externe Ein-
flüsse wie die seit Juni erst gestiegenen,
dann gefallenen Preise für Heizöl diese
Rechnung. Insofern wurde der Steuer-
vorteil nur zur Hälfte weitergegeben.
Eine Untersuchung des Münchner
Ifo-Instituts auf der Basis von 60.000
Rewe-Artikeln ergab eine Preissenkung
von zwei Prozent – verglichen mit der
österreichischen Rewe-Tochter Billa im
gleichen Zeitraum, bei der keine Um-
satzsteuersenkung vorlag.

Hobby- und Freizeitartikel konnten
die Preise hingegen eher halten. Restau-
rants erhöhten teils sogar die Preise, um
gestiegene Kosten oder Umsatzausfälle
auszugleichen. Generell fiel bei Dienst-
leistungen die Preissenkung geringer aus.
Allerdings ist auch ein nicht weiterge-
reicher Steuerbonus nützlich, denn er
stärkt die Erträge und damit das Eigen-
kapital der Betriebe in schwierigen Zeiten.
Zum Problem wird die zeitweise Steuer-
senkung durch die Bürokratiekosten und
Unsicherheiten, die sie bei den Firmen
hervorrufen. Die Kassensicherungsverord-

nung mit der Bon-Pflicht (JF 48/19) und
zusätzlichen Maßnahmen gegen Steuer-
ertrag ist kaum bewältigt, da müssen
die Preise der einzelnen Artikel am Regal
oder auf Listen neu ausgewiesen wer-
den – alternativ per Rechnungsrabatt
an der Kasse, was jedoch als mangelnde
Preistransparenz beim Kunden auf wenig
Akzeptanz stößt.

Bürokratiekosten von 2,25 Milliarden Euro

In einem durchschnittlichen Super-
markt betrifft das rund 15.000, in
größeren etwa 40.000 Preise. In jedem
Fall ist die Software umzustellen. Ein
Gutachten an der Universität Magde-
burg im Auftrag der FDP auf der Basis
von Experteninterviews und Angaben
des Statistischen Bundesamtes schätzt
die reinen Bürokratiekosten der Wirt-
schaft auf rund 2,25 Milliarden Euro
– also entsprechend 11,2 Prozent des
Steuerausfalls von 20 Milliarden Euro.

Hinzu kommen Risiken nachträglicher
Betriebsprüfungen der Steuerbe-
hörden, die etwaige Verstöße gegen die
umfangreichen Vorschriften aufdecken
könnten. So umfaßt die erst einen Tag
vor Inkrafttreten der Ermäßigung am
1. Juli erfolgte Umsetzungsrichtlinie 53
spezielle Auslegungsvorgaben, ergänzt
um 22 Anweisungen vom 4. November.
Diesen folgten Umsetzungsrichtlinien
von Branchenvertretungen wie beispielswei-
se ein 23seitiges Merkblatt des Verbandes
Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ).

Hohe Belastungen innerhalb der Fin-
anzverwaltung sowie etwaige Bürokrati-
kosten bei Kunden hinsichtlich Unklar-
heiten und Fehlern in Rechnungen
sind zudem vorprogrammiert. Dagegen
schätzt das Statistische Bundesamt den
Erfüllungsaufwand auf lediglich 238,7
Millionen Euro, was etwa 1,2 Prozent des
Fördervolumens entspricht. Die
Diskrepanz resultiert vornehmlich aus

nach Angaben von Praktikern völlig
unrealistischen Zeitanätzen.

Was wären wünschenswerte Korrek-
turen der Regelungen? Da die Bürokrati-
kosten vornehmlich bei Umstellung
und Rückstellung der Mehrwertsteuer-
absenkung anfallen, wäre eine Verlän-
gerung über den 31. Dezember hinaus
denkbar – auch vor dem Hintergrund
des derzeitigen Lockdowns und des
damit verbundenen zeitlich begrenzten
Konjunkturerinbruchs. Außerdem wür-
de eine großzügige Übergangsregel den
Vorholeneffekt und einen damit verbun-
denen Ausfüllungsdruck von Aufträgen
mindern, beispielsweise des Handwerks.

So könnte für ein halbes Jahr des
Übergangs das Datum der Auftragsertei-
lung für den geminderten Steueransatz
gelten. Zwar ist die Zeit für eine Alterna-
tive passé. Aber mit dem gleichen Steu-
erausfall hätte man allen Bürgern einen
„Corona-Konsumgutschein“ mit Ab-
laufdatum 31. Dezember in Höhe von
250 Euro in die Hand geben können
– direkt und völlig unbürokratisch. In
Wien hat das geklappt: Im Juni erhielten
alle dort gemeldeten 950.000 Haushalte
einen Gutschein für die städtische Gas-
tronomie per Post: 50 Euro für Familien
bzw. 25 Euro für Einzelpersonen.

Der im Oktober von Gewerkschaf-
tern vorgeschlagene „1.000-Euro-Öster-
reich-Gutschein“ für Hotels, Restau-
rants und den regionalen Handel fand
hingegen bei der Bundesregierung aus
ÖVP und Grünen keine Fürsprecher.
Dabei sind in der Sommersaison die
Übernachtungen ausländischer Gäste
um 43,2 Prozent auf 31,6 Millionen
zurückgegangen. Und die hatten 2019
noch insgesamt 20,7 Milliarden Euro
nach Österreich gebracht.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
Bundesbank-Monatsbericht 11/20:
► www.bundesbank.de/de/publikationen

Ihr persönlicher Ratgeber
Dr. Markus Elsässer
Investor und Besteller-Autor
Vertrauliche Kontaktaufnahme:
me@markuselsaesser.com

Real. 25 bis 40% p.a.
Prof.-Börsen-Coaching
www.FXAG.Pro

Bad Sachsa / Südharz
9 ETW, div. Standorte, Bj. 73-85, Wfl 464 qm
vermietet, tw. möbliert, Rendite ca. 6-7 %
Nettomiete ca. p. a. 29.000 EUR. Zvk. 410.000
Chiffre 2811/2020

Warum nicht mal werben für das Medium,
auf dem Sie diese Werbung lesen.
Wir sind dabei.
www.feuerzange-derfilm.de

PROBLEME WEGEN MINIRENDITEN ?
Routinierter Futurstrader mit unfehlbar
gewinnträchtigem Börsenhandelssystem
bietet Fonds + Vermögensverwaltungen
lukrative Kooperation auf Erfolgswahrscheinlichkeit.
Bewährt + Sicher • twindex@web.de

Das siebte Buch von
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem
Damoklesschwert“
ist 2019 im „August von Goethe
Literaturverlag“ erschienen.
ISBN: 978-3-8372-2220-3,
314 Seiten, € 18,80.

Der Band spricht von der Vertreibung der Deut-
schen, der Abschaffung Deutschlands, dem
Selbsthass der Deutschen und der organisier-
ten Kriminalität.
Die Verbrechen machen aus deutschen Opfern,
die Arbeitslager, Bomben und Vertrei-
bung überlebt haben, Täter. Diese geschunde-
nen Deutschen werden auch noch obendrauf
von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen.
Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit
kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

MAGENBITTERSPEZIALITÄT aus dem Vogtland

Original
Stöss
Bitter
Marke: ROSS am BACH

KENNERLERN-AKTION
8er Pack
GRATIS!

Code
ST8P10JF

Bei jeder Online Bestellung unter www.stoess-bitter.de
gibt es einen 8er Pack (je 100 ml) GRATIS! (Gutscheincode im Bestellprozess unter „Anmer-
kung zur Bestellung“ eingeben. Gültig bis 07.01.2021.

B M V
Berliner Medienvertrieb
Print und Online

KLEINE DINGE MIT
GROSSER WIRKUNG

Kleinanzeigen in der JF - Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

Lieferungen
an JF-Leser
- versandkostenfrei -

Bayerwald-Apotheke
Harald Schröter e.K.
Marktplatz 1 • 94051 Hauzenberg
Tel.: (085 86) 15 66 • Fax: (085 86) 63 66
Bestellungen per Fernsprecher
oder im Wernetz unter
www.Bayerwald-Apotheke.de
e-Post: Bayerwald-Apotheke@t-online.de

ERLEBEN SIE
DAS ABENTEUER
PATENSCHAFT

Schützen Sie bedrohte Arten wie
Orang-Utans, Luchse oder Tiger und
ihre Lebensräume.

Kostenlose Informationen: WWF Deutschland
T: 030.311.777-702 oder www.wwf.de/paten